

Deutschland.

□ **Berlin, 22. Februar.** Die Regierung ist ernstlich mit der Frage beschäftigt, welches Verfahren dem provokatorischen Auftreten Königs Georg gegenüber einzuschlagen ist. Im Vordergrund stehen bei diesen Beratungen die Eventualitäten, die der Finanzminister bereits im Herrenhause angedeutet hat. — Die „Köln. Ztg.“ bemerkt in ihrer Berliner Rundschau bei Erwähnung der jüngst erfolgten Ernennungen in den Bundesrath, daß „das Bundeskanzleramt sich auf diese Weise immer mehr zu einem vollständigen Gesamtministerium ausbilde.“ Diese Bemerkung zeigt indessen von einer geringen Einsicht in die verfassungsmäßigen Verhältnisse des Bundes. Es handelt sich bei diesen Ernennungen nur um die gesetzliche Vervollständigung des Bundesraths, welche besonders durch die Zunahme der Gesandten, da der Bundesrath zugleich als Bundesrath des Zollvereins fungirt, notwendig geworden ist. Bekanntlich kann Preußen soviel Bundesräthe ernennen, als es Stimmen im Bundesrath führt. In diesen Ernennungen aber Schritte zu Errichtung eines Bundesministeriums zu finden, ist um so weniger gerechtfertigt, als Bundesrath und Bundeskanzleramt zwei ganz verschiedene Dinge sind und als ein Bundesministerium schon durch die Bestimmungen der Reichsverfassung ausgeschlossen ist, die nur Eine Verantwortlichkeit, die des Bundeskanzlers kennt. — Es ist jetzt als feststehend zu betrachten, daß das Schlußgesetz in dieser Session nicht mehr zur Verathung kommen wird. — In Folge von Eröffnungen, welche der niederländischen Postverwaltung von hier aus gemacht worden sind, hat diese, wie vor Kurzem die Luxemburger Regierung, sich bereit erklärt, für die niederländisch-amerikanische Korrespondenz außer dem Wege über England auch den deutschen Weg über Hamburg und Bremen zu benutzen. Es erwachsen dadurch dem mit Amerika in Verkehr stehenden Handelsstande Hollands erhebliche Vorteile, da das Porto auf diesem Wege billiger und die Beförderung regelmäßiger und schneller ist. Das Porto über England beträgt 40 Cents oder 6½ Sgr., das über Hamburg oder Bremen 30 Cents oder 5 Sgr. Die niederländische Korrespondenz wird von der niederländischen Postverwaltung an die Postverwaltung des norddeutschen Bundes zur Vermittelung übergeben und von dieser nach den genannten deutschen Seehäfen dirigirt und umgekehrt. Wie verlautet, soll sich auch die spanische Postverwaltung in Folge einer von hier ausgehenden Anregung erbieten haben, außer dem Wege über England und den direkten spanisch-amerikanischen Verbindungen für die Korrespondenz aus Spanien nach Amerika unter Vermittelung des norddeutschen Bundes auch den Weg über Hamburg und Bremen zu benutzen. So erwachsen aus der Vereinigung des nordd. Bundes nicht nur einzelnen Mitgliedern desselben, wie hier Hamburg und Bremen, sondern auch fremden Staaten Vorteile für ihre Briefe und Postfachen. — In der Presse sind wieder übertriebene Nachrichten über die Nothstandsverhältnisse und den Hungertyphus vorgekommen, namentlich ist u. A. auch behauptet worden, daß in einer Detschast des Warthebuchs, Neulyppe, Hungernoth herrsche und Fälle des Hungertyphus vorgekommen sind. Dem gegenüber ist nach amtlichen Berichten aus dem Kreisdistrikt des Landsberger Kreises zu bemerken, daß in Folge der Missernte des vorigen Jahres und in Folge vor durch den Austritt der Neze bewirkten und bis in den Hochsommer herein anhaltenden Ueberschwemmungen allerdings mehrere Gemeinden dieses Kreises, unter ihnen auch Neulyppe, in eine sehr dürftige Lage versetzt worden sind, so daß die Kommunal-Armenspflege von den Gemeinden nicht mehr geleistet werden kann. Es ist indessen schon seit längerer Zeit zur kräftigern Ernährung der dortigen Bevölkerung der Ankauf und die Vertheilung von Lebensmitteln angeordnet worden und die Bewilligung der nöthigen Geldmittel zum Einkauf von Saatartoffeln und Saathäfer beim Kreisrat beantragt worden. Es ist zu erwarten, daß diesem Antrage von Seiten der Kreisstände nachgegeben werden wird. Was das Vorkommen von Hungertyphus in Neulyppe und Umgegend betrifft, so hat eine sanitätspolizeiliche Untersuchung ergeben, daß die Zahl der Erkrankungs- und Todesfälle nicht größer wie gewöhnlich gewesen ist und daß in einem einzigen Fall konstatiert ist, daß die Krankheit einen typhösen Charakter gehabt hat.

□ **Berlin, 23. Februar.** Ihre Majestäten der König und die Königin-Wittve, J. K. H. der Kronprinz, der Prinz und die Prinzessin Karl, die Prinzen Alexander und Georg und andere Fürstlichkeiten wohnten heute Vormittags dem Gottesdienste im Dome bei. Mittags erhielt Se. Maj. der König Audienz dem Baron v. Rothschild aus Frankfurt a. M., dem Präsidenten der Provinz Westfalen, v. Dueberg und hatte darauf eine lange Unterredung mit dem General v. Beyer, der bekanntlich zum badischen Kriegsminister ernannt sein soll. Nachmittags hatte der Ministerpräsident Graf Bismarck Vortrag und fuhr dann die Majestäten zum Diner nach Charlottenburg.

— Se. Majestät der König hat der Wittve des verstorbenen Professors Franz Bopp ein Gnabengehalt von 500 Thlrn. jährlich verliehen.

— Am vorigen Sonntage begab sich, wie gemeldet, eine Deputation aus Ostpreußen nach Berlin, um an maßgebender Stelle um Gewährung eines möglichst hohen Darlehens an die Grundbesitzer aus Staatsmitteln, und um schnelle Vorschüsse an die Kreise vorstellig zu werden, damit die Kreise in der Lage seien, zu rechter Zeit die Saatankäufe zu bewirken. Von einem Mitgliede der Deputation, Herrn Generalsekretär Hausburg, ist nun der „K. H. Z.“ folgende Nachricht zugekommen:

Berlin, den 20. Februar 1868. „Gestern wurden wir von den Herren Ministern des Innern und der landwirthschaftlichen Angelegenheiten empfangen. Beide sagten die Erfüllung unserer Bitte, namentlich wegen der Vorschüsse an die Kreise, soweit sie

darauf einzuwirken vermöchten, zu. Auch Se. Königliche Hoheit der Kronprinz gab uns in der heutigen Audienz das höchste Interesse für schnelle Abhilfe des Nothstandes, welcher mit dem Mangel an Saatgetreide und den zu seiner Beschaffung nöthigen Geldmitteln dem Grundbesitzer drohte, zu erkennen, und versprach Unterstützung unserer Wünsche. Morgen steht uns eine Audienz bei dem Herrn Handelsminister in Aussicht, in welcher die Frage der mit der Saatbeschaffung zusammenhängenden Manipulationen zum Vortrage kommen soll. — Die Vorlage des Staatsministeriums, welche die Emission von 3 Millionen Thalern Schatzscheine beabsichtigt, (ohne damit den Kredit gerade auf diese Summe genau zu beschränken), wird nach Allem, was wir darüber hören, ganz ohne Zweifel von beiden Häusern des Landtages angenommen. Die Kreisvertretungen werden gut thun, schon Angesichts dieser Nachicht schnellst die Saatbezüge einzuleiten.“

— Die „Berl. Autogr. Corr.“ (national-liberal) meldet: „Laut Erkenntnis vom heutigen Tage hat das hiesige Stadtgericht unsere Korrespondenz für eine „Zeitung“ erklärt und die Redaktion wegen unterlassener Kautionsbestellung, Nichtentlieferung des Pflicht-exemplars pro 3. Quartal 1867 und Stempelsteuerverfäulung für die gleiche Dauer mit einer Geldbuße von 20 resp. 13 und wieder 20 Thaler, Ersatz der Steuer mit 5 Thaler und mit den Kosten belegt.“

— Der Hensburger Magistrat hat in Uebereinstimmung mit dem Deputiertenkollegium dieser Stadt der Regierung angeboten, für die Hensburger Altertumsammlung, falls sie der Stadt wiedergegeben würde, ein Lokal herzustellen.

— Für die Feier des Jubiläums der Universität Bonn, für die der Termin noch nicht endgültig festgesetzt ist, hat der Kultusminister eine Beisteuer von 8000 Thalern bewilligt. Man erwartet, daß der Kronprinz als ehemaliger Student dieser Universität der Feier beizuwohnen werde.

— Alle diejenigen Mannschaften, welche während des Feldzuges von 1866 freiwillig in die Armee eintraten, jedoch späterhin nach der Demobilisation, und vor ihrer erfüllten Dienstpflicht wieder zur Entlassung gekommen sind, soll nachträglich eine Vergünstigung der Art zu Theil werden, daß dieselben, sobald sie mit Eintritt des dienstpflichtigen Alters zur Aushebung kommen, bei der Kavallerie im dritten Jahre während der Wintermonate, bei allen übrigen Waffen schon nach zweijähriger Dienstzeit zur Disposition der betreffenden Truppentheile zu verurlauben sind.

— Zu dem Lehrkursus auf der Militär-Reitschule in Hannover sind gegenwärtig zusammen 85 Offiziere von allen Kavallerie-Regimentern und der reitenden Artillerie der norddeutschen Bundes-Armee abkommandirt. Allen diesen Offizieren ist auf die Dauer des Kommandos eine monatliche Zulage von 8 Thalern bewilligt worden.

— Man hört hier, daß die Welfenfahrt nach Sieging die Teilnehmer im Ganzen sehr wenig befriedigt habe. Die Aufnahme bei dem Hofe „ihres Königs“ war zwar sehr gut, aber das war auch ziemlich alles Gute, was sich den Gästen darbot. Sie hatten erwartet, bei der Wiener Bevölkerung eine glänzende, mindestens eine herzliche Anerkennung des Preußenhasses zu finden, den sie als Grund ihrer Reise möglichst breit zur Schau trugen; und diese soll eben ganz gefehlt haben. Selbst das gemüthliche Entgegenkommen, welches sonst jeder Fremde an den Wienern zu rühmen weis, ist vermisst worden. Dagegen soll bei den Spielbürgern an der Wien an kritischen Bemerkungen, selbst an Spott über den gelbweißen Mummenschanz kein Mangel gewesen sein.

— Das Organ der „entschiedenen“ süddeutschen Preußenzertrümmerer, die in Einnahme art erscheinende „Demokratische Korrespondenz“, schreibt wörtlich: „Johann Jacoby, der mit seinen Fraktionsgenossen wegen seiner allbekannten Rede einige Erörterungen gehabt hat, ist leider noch nicht von der Fortschrittspartei, d. h. von Waldeck und dessen Freunden, getrennt. Wir möchten um alles eine Verbindung gelöst sehen, wo seines Namens guter Schein Leute zu gute kommt, die dessen nicht werth sind.“

— Die Versuche mit den gezogenen Mörsern werden als so weit vorgeschritten bezeichnet, daß über die vorzügliche Wirksamkeit dieser neuen artilleristischen Erfindung jeder Zweifel gehoben erscheint. Größere auf den Belagerungskrieg bezügliche Versuche dürften wahrscheinlich mit den für diesen Sommer bestimmten großen Pionierübungen in Verbindung gesetzt werden, außerdem werden aber gleichzeitig noch Versuche stattfinden, um die Verwendung dieser Geschütze zur Schiffsarmirung zu erproben und festzustellen. Beiläufig hofft man grade hierfür in den gezogenen Mörsern ein Geschütz konstruirt zu haben, welches namentlich für den Kampf mit Panzerschiffen eine ganz besondere Wirkung auszuüben im Stande sein dürfte.

— Vielleicht noch in diesem, oder sonst doch im nächsten Jahre soll das erste norddeutsche Panzerschiff ganz aus inländischem Material in Bau genommen werden, und wird damit die Erweiterung der Krupp'schen Gussstahl-Fabrik und deren Ausdehnung auch auf die Fertigung von Panzerplatten in Verbindung gebracht. Größere Schiffsbauten dieser Art, sagt die „B. Z.“, würden jedoch wohl erst mit Beendigung der Schiffsbauanlagen in dem neuen Kieler Kriegshafen als möglich erscheinen, worüber zweifelsohne noch eine Reihe von Jahren vergehen dürfte. Es dürfte sich also nur um einen ersten Versuch handeln, wozu bei einem Schiff von kleineren Dimensionen die Werkstätten von Danzig wohl ausreichen möchten.

Berlin, 22. Februar. Herrenhaus. 14. Sitzung. Am Minister-tisch: Handelsminister Graf Henckell, Justizminister Dr. Leonhardt und mehrere Regierungs-Kommissare.

Präsident Graf Stolberg-Wernigerode eröffnet die Sitzung 11 Uhr 15 Minuten. — Das Haus genehmigt in Schlussberatung die Gesetze: 1) Wegen Beschränkung der in den neuen Landestheilen in Verwaltungs-

Angelegenheiten zur Erhebung kommenden Gebühren und Sporteln. 2) Ueber das Recht der im preussischen Unterthanen-Verhältnis stehenden Civilbeamten des norddeutschen Bundes zum Eintritt in die allgemeine Wittwen-Versorgungs-Anstalt. 3) Betreffend die Verwaltung der durch die Verordnung vom 15. September 1867 (Ges.-Samml. S. 1646) geschlossenen Beamten-, Wittwen- und Waisenkassen und die Verwendung ihres Vermögens. — Endlich folgt der mündliche Bericht der Petitions-Kommission über die Petition der Aeltesten der Mennoniten in Preußen (Gerhard Penner in Rogelitz bei Marienburg und Genossen) mit dem Antrage: Das Herrenhaus wolle dahin wirken: „daß das im Reichstage angenommene Reichswehrgesetz, welches durch seine Inkrassierung einem Verbannungsurtheile aller rechtgläubigen Mennoniten gleich käme, in so weit es die Mennoniten betrifft, nicht zur Ausführung komme, und die Gewissensfreiheit der Mennoniten, durch Befreiung vom Militärdienst, auch ferner gewahrt werde.“ — Berichterstatter v. Brünne befürwortet den Antrag der Kommission: „die vorangeführte Petition der Königl. Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.“ — Handelsminister v. Sienff-Pilsach befürwortet den Kommissions-Antrag. Eben so Herr v. Kleist-Regow, welcher meint, durch die Verfassung des norddeutschen Bundes könnten sich die preussischen Organe nicht hindern lassen, die Sache der Mennoniten wahrzunehmen. — Herr Underfel: In unserer Gegend, am Rhein, befinden sich 800 Mennoniten, welche die Aufhebung des Privilegiums für eine sehr wohlthätige Maßregel ansehen. — An der ferneren Debatte betheiligten sich die Herren Camphausen (Berlin), Justizminister Leonhardt, Graf zu Eulenburg. Es ist daraus nur hervorzuheben, daß Herr Blomer das Verlangen der Petenten als einen Ausfluß der durch die Bundesverfassung gewährleisteten religiösen Freiheit und deshalb nicht als eine Verletzung jener Verfassung bezeichnet. Schließlich wird der Antrag der Kommission angenommen. Schluß 1½ Uhr.

Nächste Sitzung Dienstag, Nothstandsgesetz; Referent Herr v. Tettau, Korreferent Herr Hasselbach, und Gesetz über gewerbliche Ablosungen in den neuen Provinzen.

Berlin, 22. Februar. (Haus der Abgeordneten.) 54. Sitzung. Am Minister-tisch: Herr v. b. Heydt, Graf zu Eulenburg, v. Selchow und mehrere Kommissarien.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Nothstandskommission. Die Regierungsvorlage gewährt in §. 1 verzinsliche Darlehne zur Beschaffung von Saatfrüchten für die nächste erste Feldbestellung in den Regierungsbezirken Königsberg und Gumbinnen in Fällen des nachgewiesenen Bedürfnisses; in §. 2 auch anderweitig zur Abhilfe des Nothstandes erforderliche Ausgaben in Fällen eines besonders dringenden Bedürfnisses. (Den Zusatz „besonders“ hat die Kommission gestrichen.) §. 3 ermächtigt zur Ausgabe von 3 Millionen verzinsliche Schatzanweisungen längstens auf ein Jahr lautend. Die §§. 4–7 sind Ausführungsbestimmungen. Die Kommission hat zwischen §. 2 und 3 der Vorlage folgende zwei Paragraphen eingefügt: §. 3. Die gerichtlichen Akte, welche die gewährten Vorschüsse und Darlehne erforderlich machen, mit Einschluß der hypothetischen Eintragungen, Umschreibungen und Löschungen, erfolgen kostenfrei. Für die aufzunehmenden Urkunden und Gesuche wird ein Stempel nicht erhoben. — §. 4. Die Vertheilung der Geldmittel an die einzelnen Kreise und die Verwendung derselben in den einzelnen Kreisen erfolgen unter Mitwirkung einer Provinzialkommission. — Abg. v. Denzin beantragte, den Zweck der Vorlage auf den Regierungsbezirk Cöslin auszuweihen; v. Vinde auf ganz Preußen. — Ref. Abg. Lasker konstatirt die Uebereinstimmung der Kommission mit der Staatsregierung in allen wesentlichen Punkten. Die Frage wegen der Ausdehnung des Gesetzes sei in der Kommission ausführlich erörtert worden. Die Regierung habe dem Antrage auf Ausdehnung des Gesetzes auf die ganze Provinz Preußen entschieden widerprochen, da es sehr gefährlich sei, über die Grenze des Nothstandes hinaus eine Gesetzgebung einzutreten zu lassen, welche ungemessene Ansprüche hervorgerufen würde. 4,600,000 $\mathcal{M}$. seien erforderlich und ein Theil der Kommission sei der Ansicht gewesen, daß zur Deckung dieser Bedürfnisse namentlich die Vorräthe des Staatsschatzes zu verwenden sein würden. Es wurde aber anerkannt, daß möglicherweise durch Verweisung auf diese Mittel politische Schwierigkeiten entstehen könnten, und daß es nicht angethan sei, einen politischen Streitpunkt zu erheben, während ein großer Theil preussischer Bürger am Hunger leide. Die Kommission war deshalb der Meinung, daß die Schatzscheine das beste Mittel zur Deckung des Bedürfnisses seien. Die Regierungsvorlage habe in der Kommission die günstigste Aufnahme gefunden. Der Referent erklärte sich schließlich gegen die heute eingegangenen Amendements der Abg. v. Vinde und Denzin. Er hoffe, so schließt er, daß derselbe verschwindende Geist, der in der Kommission geherrscht habe, auch bei den Beratungen im Plenum herrschen werde. Jedermann, auch der Aermste müsse empfinden, daß er in Tagen wirklicher großer Noth nicht vom Staate verlassen werde. Er hoffe, daß die Provinz Ostpreußen an diesen Theil trauriger Erinnerungen zugleich den Anfang einer schönen Zukunft knüpfen werde und in diesem Sinne empfehle er die Annahme des Gesetzes. (Bravo.) — Finanzminister v. b. Heydt: Der Referent habe die Erklärungen der Regierung in der Kommission so genau wiedergegeben, daß er Nichts hinzuzufügen habe.

Zur Generaldiskussion melden sich 6 Redner für und 7 gegen die Kommissionsanträge. Abg. v. Vinde (Minden): Nicht bloß in den Regierungsbezirken Königsberg und Gumbinnen, sondern auch in anderen Theilen der Provinz herrschen Nothstände und er sehe nicht ein, weshalb das Gesetz auf diese beiden Regierungsbezirke beschränkt werden solle. Derselbe Nothstand herrsche auch in einem Theile der Provinz Westpreußen, auch in Hannover, namentlich im Kreise Meppen. Wenn einmal ein solches Gesetz beschlossen werde, so müsse doch dem Nothstand überall da, wo er sich finde, entgegengetreten werden. — Abg. Schulze-Deleitzsch: Er halte die Begrenzung der Hilfe, wie das Gesetz dieselbe getroffen, für unrichtig. Die Selbsthilfe höre auf bei gelähmten und erkrankten Gliedern und die Subvention sei dann unbedingt geboten. Redner kommt auf die Entstehungsgründe des Nothstandes und schreibt die Vergrößerung desselben zum großen Theil dem bisherigen Regierungssystem zu. Die innere Verlage werde hoffentlich gute Früchte tragen. — Abg. Dr. Birchow erörtert die Frage der Selbsthilfe in eingehender Weise. Er habe sich gewundert, daß das Gesetz nur von den Ministern des Innern und der Finanzen unterzeichnet sei, während doch auch der Kultusminister wesentlich dabei betheiligt sei. Die Krankheitserscheinung selbst müßte doch die Aufmerksamkeit der Regierung in Anspruch nehmen. Die Krankheitspflege sei der Punkt, wo weder die Gemeinde, noch der Kreis, noch sogar die Provinz ausreichende Hilfe leisten können. Die Sterblichkeit in der Provinz Preußen sei die größte im ganzen preussischen Staat. Die Maßregeln, welche in dieser Beziehung von der Staatsregierung getroffen worden, seien völlig unzulänglich. Ein Zuviel von vornherein sei besser, als ein Zuwenig. Im Jahre 1848, als der Hungertyphus in Oberhessen vorüber war, habe die Regierung 600,000 $\mathcal{M}$. zum Bau von Waisenhäusern ausgeben müssen. Er würde geneigt gewesen sein, für eine weitergehende Vorlage zu stimmen, habe aber die Pflicht, auch für die Regierungsvorlage zu stimmen. — Abg. v. Denzin hebt hervor, daß auch in dem östlichen Theile des Regierungsbezirks Cöslin der Nothstand in hohem Grade herrsche. Mit Rücksicht auf die Erklärung des Finanzministers ziehe er jedoch sein Amendement zurück. — Finanzminister v. b. Heydt: Es sind viele Bemerkungen vorgekommen, auf welche zu antworten sein würde. Da aber ein Drang vorzuherrschen scheint, den Gesetzentwurf recht bald durchzuführen, so verzichte er auf das Wort. — Die Generaldiskussion wird

geschloffen, und es erhält der Antragsteller Abg. v. Hennig das Wort. Derselbe erklärt sich bereit, seinen Antrag zu Gunsten der Regierungsvorlage, die beide dasselbe Ziel anstreben, zurückzuziehen.

Abg. Schulze zieht seinen Antrag ebenfalls mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Sache zurück. — In der Spezialdebatte erklärt der Finanzminister, daß er die Mittel, die für den Notstand in Preußen verlangt würden, bereitstellen werde. — Abgeordneter Kantak erklärt, daß er auf die Ausdehnung der Vorlage auf Westpreußen verzichte, um die Hilfe für Ostpreußen nicht zu verzögern, zumal die Regierung die Verpflichtung übernommen habe, überall, wo Nothstände zu Tage treten, zu helfen. Er konstatirt das noch einmal zur Verhütung Westpreußens. — Es wird darauf das Amendement v. Vincke, betreffend die Streichung der Regierungsbezirke Königsberg und Gumbinnen in der Ueberschrift und § 1 des Gesetzes abgelehnt und § 1 der Kommissionsvorlage mit großer Majorität angenommen. — Zu § 7 spricht Abg. Farcher: Es ist für einen Vertreter des Volkes, der das ganze Volk und nicht nur seine Gegenwart, sondern auch seine Zukunft vertritt, schwer, das erste Beispiel zu geben, daß eine Provinz für so hilflosbedürftig erklärt wird, daß sie von den anderen durch Almosen unterstützt werden muß. — Nach dem hier im Hause aufgestellten Prinzip würde der Staat nur eine Ernte- und Saat-Kornversicherung werden, eine Provinz um die andere käme an die Reihe, die von den übrigen die Unterstützung in Anspruch nähme, und nachdem Preußen die seine empfangen hat, wäre es an der Reihe, seinen Anspruch abzuweisen, und es wäre sofort eine Provinz weniger, welche dem Staat verminderte. (Beifall rechts.) — Abg. v. Föhrer: Wenn der Herr Vorredner die Provinz anfordert, besser zu wirtschaften, so wird sie dieser Mahnung aus so kompetentem Munde gewiß Folge leisten auch ohne eine Resolution des Inhalts, daß die Provinz besser wirtschaften soll. Auch ein Darlehen an die Provinz im Sinne des englischen Beispiels würde eine eben solche Ausnahmemaßregel sein, wie die Vorlage, aber außergewöhnliche Zustände verlangen auch Ausnahmemaßregeln. Hat der Vorredner gegen seine ökonomischen Grundsätze im § 1 der Grundbesitzern geholfen, so mag er jetzt auch bei § 2 den übrigen Bedrängten helfen. Denn die Hauptsache ist, daß denen, die hungern und krank sind, wirklich geholfen wird. (Beifall.) — Nach einigen persönlichen Bemerkungen erklärt der Finanzminister seine Uebereinstimmung mit allen Änderungen der Kommission. Das Amendement v. Vincke zu § 2 n. ff. wird abgelehnt und die Kommissionsvorlage in allen ihren Theilen und im Ganzen fast einstimmig angenommen. (Dagegen A. v. Vincke (Minden), v. Demzin, Röhden). — Nunmehr kann der Antrag Kofch bislirt werden.

Abg. Kofch erklärt hierauf, daß er nach Annahme des Gesetzes und mit Rücksicht auf die von der Kommission empfohlene Resolution, in der er ein Surrogat seines Antrages sehe, den letzteren zurückziehe. (Beifall.) — Die Resolution selbst wird hierauf in folgender Fassung fast einstimmig angenommen: Das Haus der Abgeordneten nimmt Akt von der Erklärung der königlichen Staatsregierung in der Plenarsitzung vom 12. Februar 1868, in gleicher Weise von der Namens der Bankverwaltung gemachten Zusage des Bankpräsidenten v. Dechend, welche dahin gehen, daß die preussische Bank in der Lage und bereit ist, während des Nothstandes in Ostpreußen die Leistungen von Darlehensfaktoren zu versehen, insbesondere, abweichend von den gewöhnlichen Normen auch Fabrikate zu beliehen, und soweit die Bedürfnisse es erfordern, den Minimalbetrag für Darlehen auch unter 50 M. herabzusetzen, und erachtet demnach, daß die preussische Bank auch den kleineren Gewerbetreibenden und Handwerkern, welche des Darlehens bedürfen, innerhalb der bezeichneten Grenzen zu Hilfe kommen werde. — In gleicher Weise tritt das Haus dem Antrage der Kommission bei, die Petitionen von Raeswin-Buspen und Genossen, datirt Gumbinnen, den 1. Januar 1868, und von Daniel Stiller, datirt Jaroschin, den 6. Februar 1868, durch die gefassten Beschlüsse für erledigt zu erklären; die Petition des Disporstandes zu Stamborn, G. Krich und Genossen, vom 11. Dezember v. J., der königl. Staatsregierung zu überweisen. — Vor dem Eintritt in den zweiten Gegenstand der Tagesordnung, den Gesetzentwurf betreffend die Uebernahme einer Zinsgarantie für den Bau der Posen-Bromberger Eisenbahn, erklärt der Handelsminister, es sei ihm zu Ohren gekommen, daß bei den Kommissionen Differenzen eingegangen wären, die Bahn ohne Zinsgarantie zu bauen. Ein solcher Antrag sei ihm noch nicht vorgelegt, sonst würde er den Entwurf vielleicht ganz zurückziehen können. Er nehme Veranlassung, die Herren gleichzeitig zu ermahnen, derartige Mittheilungen ihm zuzuwenden, damit er dieselben in pflichtmäßige Erwägung ziehen könne, da der Sitz der Verwaltung nicht die Kommission, sondern das Handelsministerium sei. — Ein Antrag auf Vertagung wird angenommen.

Nächste Sitzung Montag 10 Uhr. (Tagesordnung: Vereidigung neuer eingetretener Mitglieder, Fortsetzung der heutigen Tagesordnung.)

In mehreren Blättern war jüngst die Nachricht zu lesen: Oesterreich habe an die königl. sächsische Regierung die Forderung von 600,000 Thlrn. als Entschädigung für die Verpflegungskosten der sächsischen Truppen während des Feldzuges von 1866 gestellt, von den sächsischen Ständekammern seien jedoch in einer geheimen Sitzung bloß 400,000 Thlr. zugestanden worden. Wenn sich nun die Wiener „Debatte“ veranlaßt gefühlt hat, diese ganze Behauptung als „kein aus der Luft gegriffen“ zu bezeichnen, so ist die „N. A. Z.“ in der Lage als verbürgt mittheilen zu können, daß dieses Dementi nur theilweise dem wahren Sachverhalte entspricht. Denn allerdings hat die österreichische von der sächsischen Regierung nicht 600,000 Thlr. für die Verpflegung der sächsischen Truppen gefordert, und haben auch nicht die Stände von jener Summe 200,000 Thlr. gestrichen, sondern die Forderungen Oesterreichs belaufen sich vielmehr auf mehr als 2 Mill. fl. und finden ihre anstandslose Begleichung.

Hamburg, 22. Februar. In der heutigen Generalversammlung der norddeutschen Bank wurde einstimmig beschlossen, fernerhin nicht wie bisher, nur ein Viertel, sondern die Hälfte des Bankkapitals in Effekten zu verwenden.

Karlsruhe, 22. Februar. Die „Karlsruher Zeitung“ meldet über die Ergebnisse der Wahlen zum Landparlament: 1. Wahlbezirk: Stöpingen 7450 St., Goller 6338 St. 2. Wahlbezirk (definitives Resultat noch nicht festgestellt): Fürst Fürstenberg 5832 St., Kirsner 5121 St., Ertischeller 1042 St. 3. Wahlbezirk: Leo 6477 St., Heßling 4413 St., Roggenbach 2518 St. (keine absolute Majorität erzielt). 4. Wahlbezirk: Roggenbach 8738 St. Andlaw 5323 St., Benerdy 50 St. 5. Wahlbezirk: Reuter 7299 St., Lindau 6185 St. 6. Wahlbezirk: Rogbert 9357 St., Kirsner 7354 St. 7. Wahlbezirk (definitives Resultat noch nicht festgestellt): Dahmen 6046 St., Eghard 3050 St., Mey 203 St. 8. Wahlbezirk (definitives Resultat noch nicht festgestellt): Lindau 4668 St., Lamey 3832 St. 9. Wahlbezirk: Dennig 8096 St., Dahmen 3942 St. 10. Wahlbezirk: Göler 6336 St., Külle 6284 St. 11. Wahlbezirk (definitives Resultat noch nicht festgestellt): Diffens 6354 St., Rogbert 5817 St. 12. Wahlbezirk: Herth 8313 St., Lindau 464 St. 13. Wahlbezirk (definitives Resultat noch nicht festgestellt): Blunck 5001 St., Mühlhauer 2914 St. 14. Wahlbezirk: Lindau 10,817 St., Lamey 6885 Stimmen.

Ausland.

Wien, 23. Februar. Wie die „Presse“ mittheilt, hat die Direktion der Kreditanstalt beschlossen, der bevorstehenden Generalversammlung der Aktionäre die Vertheilung einer Superdividende von 5 1/2 Gulden vorzuschlagen. — Die Morgenblätter veröffentlichen das Programm des provisorischen Comité's der Bankaktionäre, welches behufs Regulirung der Bankfrage den Vorschlag

macht, den Bankfonds auf 75 Millionen Gulden zu reduzieren und eine jährliche Gesamtdividende von 7 pCt. festzusetzen.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ brachte unlängst die Mittheilung, daß man gegen den Erbprinz betriebl. wegen seiner Verheirathung mit der Sängerin Hofmann, die ohne Einwilligung des Kaisers geschähe, sehr ernst vorgehen gedenke. Die Angelegenheit hat seither eine für den Erbprinz günstige Wendung genommen. Der erste Flügeladjutant des Kaisers, Graf Bellegarde, ist nämlich mit der Austragung, resp. mit der Vermittelung dieser belästigten Sache betraut worden und steht somit eine für die betheiligten Parteien befriedigende Lösung in Aussicht.

Paris, 22. Februar. Im gesetzgebenden Körper wurde heute die Debatte über das Amendement Janzé (welches die Zulässigkeit von eigenen Kammerberichten Seite: s der Presse verlangt) fortgesetzt. Staatsminister Rouher sprach gegen das Amendement. — Das Amendement Janzé wurde nach lebhafter Debatte mit 155 gegen 66 Stimmen verworfen; auch ein von Darimon gestelltes Amendement ähnlichen Inhalts wurde abgelehnt.

Der „Constitutionnel“ konstatiert die friedliche Haltung der Reichsregierung gegen Preußen und spricht zugleich die Hoffnung aus, daß ähnliche Manifestationen wie die im Hiesigen nicht wieder vorkommen werden, da solche Vorgänge, welche Keimen säen, nicht im Einklange ständen mit der allgemeinen Beruhigung der Gemüther. — Grafier de Cassagnac hat Sekundanten zu Ollivier geschickt, um von ihm eine Erklärung wegen der Vorgänge in der gestrigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers zu fordern. Ollivier hat es verweigert, eine solche Erklärung abzugeben.

„Patrie“ dementirt die Angabe eines Berliner Blattes, daß der König Georg von Hannover sich durch Anträge bei der französischen Regierung vorher über die Aufnahme, welche die hannoverschen Legionäre in Frankreich finden würden, vergewissert habe. Hätte der König, fährt „Patrie“ fort, eine derartige Eröffnung gemacht, so würde man ihm die Uebersetzung gegeben haben, daß sein Ansuchen der französischen Regierung im hohen Grade unangenehm sei. Man könne übrigens leicht einsehen, daß der ausschließlich von den hannoverschen Emigranten verfolgte Zweck eben der sei, in ihrem Interesse die guten Beziehungen zwischen Frankreich und Preußen zu fördern.

Florenz, 22. Februar. Der Kriegsminister hat Ddte gegeben, daß am 1. März die Mannschaften der ersten Kategorie der Altersklasse 1842 auf unbestimmten Urlaub entlassen werden sollen. Eine Ausnahme hiervon macht jedoch die Kavallerie und die Feldartillerie; die Mannschaften letzterer sollen durch die Rekruten vom Jahrgang 1846 ersetzt werden, sobald dieselben die gehörige Uebung erlangt haben.

London, 22. Februar. Nach Berichten aus Newyork vom 11. d. ist im Repräsentantenhaus eine Bill eingebracht, welche eine nach Schluß des laufenden Jahres zu beginnende Noteneinlösung in Gold zu einem Agio von 30 Prozent bewirkt. Das Agio soll allmonatlich um je 1 Prozent reduziert werden, bis das Papiergeld getilgt oder der Paricours erreicht ist.

London, 22. Februar. Das General Telegram Office meldet aus Washington, den 22. Februar: Das Repräsentantenhaus, welches sich als Comité konstituierte, ist dem Berichte des Rekonstruktions-Ausschusses beigetreten, welcher sich dafür ausspricht, daß der Präsident Johnson wegen der Entsetzung des Kriegsministers Stanton in den Anklagezustand zu versetzen sei. General Thomas hat seine Ernennung zum Kriegsminister acceptirt; Stanton hat protestirt. Die ganze Angelegenheit wird richterlicher Entscheidung unterbreitet werden.

Dublin, 22. Februar. Pigott, der Eigentümer des Irishman, ist zu 12 Monaten und Sullivan, der Herausgeber der „Westynews“, zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt worden.

Malta, 21. Februar. Das Gerücht von einer bevorstehenden Anleihe unter Garantie des Viceröy's entbehrt der Begründung. Egyptische Staatsanleihe werden hier mit 13 1/2 p. c. diskontirt.

Washington, 22. Februar. Der Präsident hat wiederum den Kriegsminister Stanton seines Amtes enthoben; letzterer behält daselbe jedoch bei und erwartet weitere Verhaltungsmaßregeln vom Senate. — Die republikanische Konvention von Joliana hat Resolutionen für die Ernennung Grant's als Präsidenten und für die Zahlung der Bonds in Papiergeld angenommen. — Der heutige Tag wird als der Geburtstag Washington's gefeiert.

Das Haus der Repräsentanten hat eine Resolution angenommen, durch welche angeordnet wird, daß die Beweiserhebung bei Anklagen, die von dem richterlichen Ausschuss ausgehen, dem Rekonstruktions-Comité übertragen werden solle. — Der höchste Gerichtshof hat einstimmig die Gesuche aus Georgia und Mississippi um Ertheilung von Vorschriften gegen die Ausführung der Rekonstruktionsakte zurückgewiesen, weil dieselben eine Angelegenheit der Politik und nicht der Justiz sei, also auch nicht zur Jurisdiction des Gerichtshofes gehöre. — Vollständige Berichte über die Wahlen in Alabama sind noch nicht eingegangen. — Nachrichten aus St. Thomas vom 7. Februar zufolge wüthet daselbst die Cholera.

Pommern.

Stettin, 24. Februar. Unter dem Vorsitz des Herrn von Gölter-Cantred findet morgen Vormittag um 11 Uhr im Landshause die Eröffnung der Sitzungen des 39. Kommunallandtages von Alt-Pommern statt. Die Erledigung der vorliegenden Verhandlungsgegenstände, von welchen, so viel bis jetzt bekannt, keiner ein hervorragendes Interesse in Anspruch nimmt, wird eine etwa vierzehntägige Dauer erfordern.

Die Waarenhandlung von Callies und König hat ihre Waarenvorräthe in einem Speicher auf dem Hinterhofe des Hauses Speicherstraße Nr. 9 lagernd. Der Hof wird des Abends abgeschlossen und der Schlüssel im Comtoir aufbewahrt. Am 21. d. Mts. früh fand man den Thorweg und die Remisehürre erbrochen; aus der Remise fehlte ein ganzer Ballen Rio-Kaffee, mehrere andere Ballen waren aufgeschnitten und aus denselben ebenfalls eine Quantität Kaffee entwendet. — Einem Böttchermesser in Bredow wurden von seinem Hofe 5 Kloben Kugelhölz, von verschlossener Bodenammer im Hause Breitestraße Nr. 18 mehrere Bettstühle, in der Zeit vom 19. bis 21. d. Mts. vom verschlossenen Trockenboden grüne Schenke Nr. 2 wahrscheinlich mittelst Nachschlüssels verschiedene Wäsche gestohlen.

Ueber das Unglück in der Kaserne der breiten Straße erfahren wir nachträglich, daß dasselbe nur durch die Unvorsichtigkeit des einen Betheiligten und glücklich Verreiteten herbeigeführt ist. Von Seiten der Kompanie ist Alles geschähen, um die Leute zur Vorsicht anzuhalten. So hing an der Stubenthür eine Tafel mit der Aufschrift „Ofenklappe“, so war den Leuten der Befehl ertheilt, Mittags zu heizen, so hatte endlich der Unteroffizier du jour die Pflicht, die Ofenklappe Abends zu revidiren. Am Tage vor dem Unglück nun waren die Leute auf Wache gewesen, und daher erst später nach Hause gekommen, so daß der Ofen erst um vier Uhr Nachmittags geheizt werden konnte. Als der wachhabende Unteroffizier dann revidierte, wurde die Ofenklappe noch offen von ihm vorgefunden, die erst nachher von einem der Soldaten geschlossen wurde, ohne daß dieser jedoch den Ofen hinlänglich genau untersucht hätte. Man sieht hieraus wieder, wie alle Vorsicht nicht genügt, ein solches Unglück zu verhüten, und daß das einzige sichere Mittel eine luftdichte Ofenthür ist.

Gestern sind in den Suppen-Anstalten (erstl. Torney, von der der Report noch fehlt) 2936 Quart Essen verabreicht.

Am neuen Wohlverthiel gestern ein Knabe, der sich über ein Brett vom Rahne aus an's Land begeben wollte, dadurch, daß das Brett abglitt, in die Oder. Seine Rettung wurde von einigen Schiffseuten sofort bewerkstelligt.

Heute ist mit den projektirten Anpflanzungen innerhalb des des Wasserfust auf dem Hofmarkt umgebenen Gitters begonnen.

Rabzin, 22. Februar. Das Wasser ist seit einigen Tagen bedrühend gefallen, so daß die Dorfstraße selbst ganz frei davon ist. Auf der Elbe steht es zwar noch theilweise, doch ist die Kommunikation nach Gollnow hin, auf welcher Straße es Anfangs sehr hoch stand, mit Fuhrwerk schon recht gut zu bewerkstelligen. — Die Angabe in Ihrem Abendblatte vom 21. Febr., wonach der Verkehr von einem Hause zum andern nur mittelst Rähnen bewerkstelligt werden könne, und sogar sämtliche unteren Räume der Gebäude unter Wasser ständen, ist daher ein wenig übertrieben. In der schlimmsten Zeit konnte allerdings theilweise auch innerhalb des Dorfes der Verkehr nur durch Boote bewerkstelligt werden, davon ist aber jetzt kaum mehr die Rede. Nur nach dem alten Hofe, der von den Gros des Dorfes getrennt am See liegt, muß man sich noch der Rähne bedienen. Was endlich das angefüllt sein der unteren Räume mit Wasser anlangt, so sind meist nur die Keller noch heimgesucht worden, die andern Räumlichkeiten dagegen haben nur bei einigen am See liegenden Gebäuden unter Wasser gestanden und sind daher auch nur diese von ihren Bewohnern verlassen worden.

Vermischtes.

(Damen-Polemik.) Lyon ist gegenwärtig der Schauplatz eines gewaltigen Damenkrieges, geführt einerseits von den Anhängerinnen des Papstes, andererseits von den Demokratinnen. Die Ursache des Konfliktes ist folgende: Einige liberale, d. h. sehr liberale Damen sandten im Namen aller Frauen Lyons eine Adresse an Garibaldi. Dagegen erhoben die Anhängerinnen Sr. Heiligkeit festerlich Protest und erklärten, nach vielen mehr oder minder gelungenen, ad majorem dei gloriam bis zum Mißbrauch veröffentlichten Spötteleien, daß die Garibaldinisch gestanten Adressatinnen gar nicht existiren, sondern daß die ganze Adressgeschichte lediglich eine Fiktion des „Progrès de Lyon“ sei; darauf traten die Damen, von welchen die Adresse ausgegangen war, aus ihrem Inognito hervor und veröffentlichten ihren Namen. Nun dürfte der Kampf noch heiser werden, aber die Seiden-Fabriken Lyons werden kaum viel Nutzen davon haben, denn wer mag wissen, zu welchen einseitigen Toiletten diese Parteilichkeit noch Anlaß geben wird.

Börsen-Berichte.

Stettin, 24. Februar. Witterung: trübe. Temperatur: + 5° R. Wind: W.

Weizen fest und höher, per 2125 Pfd. loco gelber inländischer 102 bis 106 M., feiner 107 M., bunter 100—103 M., weißer 106—110 M., ungarischer 94—103 M., 83—85 Pfd. gelber pr. Februar 104 1/2, 105 M. bez., Frühjahr 105 1/2 M. bez., 105 M. Ob., Mai-Juni 104 1/2, 105 M. bez., Roggen etwas höher, pr. 2000 Pfd. loco 80, 80 1/2 M., f. 82 M., Februar 81 M. nom., pr. Frühjahr 81 1/2, 81 M. bez., Br. u. Ob. Mai-Juni 80 1/2 M. bez., 81 M. Br., Juni-Juli 78 M. nom., Juli-August 73 1/2 M. Br.

Gerste befestigt, pr. 1750 Pfd. loco 53—56 1/2 M., pr. Frühjahr 56 M. ohne Gewicht, Frühjahr schief. 69—70 Pfd. 57 M. bez. Hafer wenig verändert, pr. 1300 Pfd. loco 41—42 M., 47 bis 50 Pfd. Frühjahr 41 1/2 M. bez. u. Br.

Erbisen fester, per 2250 Pfd. loco 71—72 1/2 M., Frühjahr Futter-73 M. Ob.

Rappkuchen fremde 2 M. 6 1/2, frei Bahn. Herbst fester, loco 102 1/2 M. bez., Februar-März 101 1/2 M. bez., April-Mai 101 1/2 M. Ob. u. bez., Juni-Juli 101 1/2 M. Br.

Petroleum loco 7 M., Februar 6 1/2 M., Spiritus matter, loco ohne Faß 20 M. bez., Februar 20 M. Ob., Frühjahr 20 1/2 M. bez. u. Ob., Mai-Juni 20 1/2 M. bez. u. Br., Juni-Juli 21 M. Br., Juli-August 21 1/2 M. bez. u. Ob., 1 M. Br.

Regulirungs-Preise: Weizen —, Roggen 81, Rüböl 10 1/2, Spiritus 20.

Stettin, den 24. Februar.

Hamburg	6 Tag.	151 1/2 G	St. Börsenhaus-O.	4	—
"	2 Mt.	—	St. Schauspiel-O.	5	—
Amsterdam	8 Tag.	143 3/4 G	Pom. Chausseeb.-O.	5	—
"	2 Mt.	—	Used. Woll. Kreis-O.	5	—
London	10 Tag.	6 25 3/4 bz	Pr. National-V.-A.	4	119 B
"	3 Mt.	—	Pr. See-Assecuranz	4	—
Paris	10 Tag.	81 1/2 G	Pomerania	4	119 B
"	2 Mt.	81 1/8 bz	Union	4	107 B
Bremen	3 Mt.	—	St. Speicher-A.	5	—
St. Petersburg	3 Wch.	—	Ver.-Speicher-A.	5	—
Wien	8 Tag.	—	Pom. Prov.-Zuckers.	5	1050 B
"	2 Mt.	—	N. St. Zuckerried.	4	—
Preuss. Bank	4	Lomb. 4 1/2 %	Mesch. Zuckerfabrik	4	—
Sts.-Anl. 54 57	4 1/2	—	Brodower	4	—
"	5	—	Walzmühle	5	—
St.-Schldsch.	3 1/2	—	St. Portl.-Cementf.	4	—
P. Präm.-Anl.	3 1/2	—	St. Dampfschleppg.	5	—
Pomm. Pfäbr.	3 1/2	—	St. Dampfschiff-V.	5	—
"	4	—	Neue Dampfer-C.	4	95 B
Rentenb.	4	—	Germania	—	100 B
Ritt. P.P.B.A.	4	—	Vulkan	—	100 B
Berl.-St. E. A.	4	—	St. Dampfmühle	4	114 B
"	4	—	Pommerensd. Ch. F.	4	200 B
"	4 1/2	—	Chem. Fabrik-Ant.	4	—
Starg.-P. E. A.	4 1/2	92 1/2 G	St. Kraftdüngr-F.	—	—
"	4 1/2	—	Gemeinn. Bauges.	5	—
St. Stadt-O.	4 1/2	94 B			